



Ein gutes Leben für Alle

"Ein gutes Leben für Alle. Ein verlorener Traum ?"

Das Thema der Podiumsdiskussion beim 14. Dt. Seniorentag lockte nicht nur Senior*innen in den Musen-Saal des Mannheimer Congress Center Rosengarten. Nicht zu übersehen war, dass sich auch Teilnehmende im jugendlichen Alter zur Veranstaltung der BAG Senior*innenpolitik der Partei DIE LINKE eingefunden hatten. Durch die Jugendpolitische Sprecherin Lisa Pfitzmann wurde die Diskussion flott anmoderiert. Neben der Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Heidi Reichinnek hatte die Sprecherin der LAG Sachsen Christine Pastor auf der Bühne Platz genommen und sprach sofort als ein Problem im Alter das Wohnen an. Sie beklagte die Verdrängung langjähriger Mieter*innen durch Mietenspekulation und Luxussanierung. Heidi stellte klar, dass das Problem alle Generationen betrifft. Wir setzen uns für faire Mieten, für einen Mietendeckel ein. Was in Berlin mit dem Volksentscheid zur Enteignung großer Wohnungskonzerne gemacht wurde, muss jetzt bundesweit, mit Bewegung auf der Straße gemacht werden. Dabei geht es nicht gegen die kleinen Vermieter sondern um Vonovia & Co. Wir fordern mehr finanzielle Mittel für den sozialen Wohnungsbau, keine Eigenbedarfskündigungen, Recht auf Wohnungstausch.

Von der künftigen Regierung verlautet, die "Mietpreisbremse" zwei Jahre zu verlängern, die völlig zahnlos ist und außerdem noch Ausnahmen zulässt, wie z.B. "möbliert".

Das Projekt "Junges Wohnen" soll für AZUBIs unterstützt werden, womit zugleich Jung gegen Alt ausgespielt wird. Die Baubranche soll angekurbelt werden durch Bürokratie-Abbau, wobei vage bleibt, welche Rechte, Ansprüche und Standards, etwa Barrierefreiheit, gesichert sind.

Immer mehr Menschen mit niedrigem Einkommen können ihre überhöhten Mieten nicht selbst zahlen. Viele zahlen mehr, als das bestehende Mietwuchergesetz zulässt. Deshalb gibt es unsere "Mietwucher-App" mit der man die Berechtigung seiner Wohnkosten in Bezug auf den örtlichen Mietspiegel checken kann. Heidi weist auf einen Antrag von Bayern (!) im Bundesrat für ein verbessertes Mietwuchergesetz hin, dem wir zustimmen.

Christine erläutert, warum sich junge Leute für die Pflege interessieren sollen: Alle sind von den Pflegebedingungen betroffen, als Pflegebedürftige, in der Pflege Beschäftigte, pflegende Angehörige, beim Umgang mit Behinderungen, zwischen Jüngeren und Älteren und als Familienmitglieder nicht zuletzt auch mit den finanziellen Belastungen.

Heidi bekräftigt: Alle müssen in die Pflegekasse einzahlen. Wir fordern gemeinsam mit Sozialverbänden den Ausbau zu einer Pflege-Vollversicherung. Dazu muss die Beitragsbemessungsgrenze angehoben und schließlich aufgehoben werden. Der Eigenanteil bei stationärer Pflege ist zu deckeln. Wir brauchen eine Pflegerevolution, wenn wir nicht unter den größer werdenden Problemen leiden wollen. Schwerpunkt ist die Pflege im häuslichen Bereich ! Pflegende Angehörige werden noch ärmer.

In der immer wieder vom Beifall der Besucher*innen unterbrochenen Diskussion stellt Heidi fest: Armut macht krank. Arme sterben früher. Wir setzen uns für eine armutsfeste, gesetzliche Erwerbstätigenversicherung ein. Wir wollen weg von der Privatisierung und Individualisierung der Lebensrisiken. 50% aller Menschen haben am Monatsende Null € für private Altersvorsorge. Natürlich fordern wir gute Löhne und einen Mindestlohn von 15 €. Mit der Riesterrente können Banken und Versicherungen verdienen, mit der gesetzlichen Rente geht das nicht.

Als krass empfindet sie die Fragen vieler junger Menschen nach ihrer (künftigen) Rente. Die von der Union propagierte "Aktivrente" bedeutet, die abhängig Beschäftigten dürfen weiterarbeiten, was auch heute bereits möglich ist. Dabei wird ausgeblendet, dass in vielen Berufen eine Arbeit über die Altersgrenze hinaus undenkbar ist. Zu bedenken ist der Umstand, dass Viele mit dem Ruhestand ein Ehrenamt übernehmen, was bei Weiterarbeit unterbleibt.

Christine macht auf die Verbindung von Armut und Einsamkeit aufmerksam, wovon Ältere besonders betroffen sind, doch bereits jedes 5. Kind wächst in Armut auf.

Heidi knüpft an: Alle Kinder sind gleich zu bewerten. Im Vergleich von Kindergeld zu Kinderfreibetrag werden Kinder wohlhabender Eltern bevorzugt. Von der künftigen Regierung ist keine Kindergelderhöhung und keine Kindergrundsicherung geplant. Wir setzen uns für die kostenlose Schulspeisung für alle ein.

An Jugendzentren und Begegnungsstätten wird bereits jetzt gespart. Merz hat als erstes eine Haushalts-Konsolidierung angekündigt, die offensichtlich nur zu Lasten der Sozial-Bereiche erfolgen soll.

Christine richtet den Blick auf die Arbeitsleistung von Frauen mit Kindern und was das für ihr Einkommen im Alter bedeutet: Zu niedrigen Löhnen, insbesondere in "Frauenberufen" mit Unterbrechungen arbeitend erhalten sie später deutlich

schlechtere Renten.

Auf den Einwand, Frauen im Osten erhielten höhere Renten als im Westen, verweist Christine auf den Umstand, dass diese Frauen in Vollzeit gearbeitet haben, was durch die flächendeckende Kinderbetreuung möglich war. Altersarmut von Frauen steigt auch im Osten, zudem wurde die Benachteiligung von geschiedenen Frauen, sowie denjenigen, die in bestimmten Berufen gearbeitet haben, nicht ausgeglichen:

Künstler, Eisenbahner, Ballett-Tänzer...

Heidi fordert wegen der schlechten Vergütung in sozialen bzw. Frauenberufen ein Entgelt-Transparenz-Gesetz. Auch heute übernehmen Frauen den Großteil der Pflege- und Sorgearbeit. So wird die Elternzeit auch häufiger von Frauen genutzt.

Sie prangert das anachronistische Ehegattensplitting an. 50% aller Ehen werden geschieden, was verdeutlicht, in welchem Maße Frauen benachteiligt werden. Eine weitere Ursache von Altersarmut sind Minijobs. Sie müssen sozialversicherungspflichtig werden. Wir fordern ein Renten-Niveau wie in Österreich. Darum kämpfen wir und unterstützen starke Gewerkschaften dabei.

"Ein gutes Leben für alle" schließt für Christine eine Umsetzung des Diskriminierungsverbots in der Praxis ein. Im Zuge der Digitalisierung muss der analoge Zugang zu Dienstleistungen im Alltag weiterhin gewährleistet sein. Hochbetagte werden zunehmend vom öffentlichen Leben ausgeschlossen. Heidi ergänzt mit erlebten Praxis-Beispielen, wie auch junge Menschen, insbesondere Frauen bei Wohnungs- und Arbeitsplatz-Suche diskriminiert werden.

Sie ruft das Publikum zu gemeinsamen Anstrengungen zur Verteidigung des Sozialstaats auf und versichert, dass die Bundestagsfraktion dafür konsequent mit aller Kraft eintreten wird.



Nach der Podiums-Veranstaltung stellten sich Heidi und Christine sowie Lisa den weiteren Fragen von interessierten Besucher*innen. Am Info-Stand der BAG gab es kein Durchkommen mehr. Eindrucksvoll wurde durch DIE LINKE die Verbindung zwischen den Generationen in den Mittelpunkt gestellt. Das hat für den Seniorentag neue Maßstäbe gesetzt.



Am nächsten Tag war der Info-Stand wieder zugänglich. Für einige der angereisten Mitglieder der LAG MV gab es Gelegenheit zu einem Erinnerungsfoto.

